

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Anne-Mieke Bremer, Katrin Fey, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke
– Drucksache 21/4215 –**

Zurückweisungen an den Binnengrenzen im Jahr 2025

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Bundesminister des Innern, Alexander Dobrindt, wies die Bundespolizei am 7. Mai 2025 an, an den deutschen Grenzen Menschen ohne die erforderlichen Einreisepapiere auch dann zurückzuweisen, wenn sie ein Asylgesuch stellen wollen. Dabei berief Alexander Dobrindt sich auf § 18 Absatz 2 des Asylgesetzes (AsylG), wonach einem Ausländer die Einreise zu verweigern ist, wenn er über einen sicheren EU-Mitgliedstaat einreist. Eine Ausnahme sieht die Weisung nur für „erkennbar vulnerable Personen“ vor, die weiterhin an die zuständigen Stellen oder Erstaufnahmeeinrichtungen weitergeleitet werden können (www.lto.de/recht/hintergruende/h/zurueckweisungen-grenzen-ausnahme-weisung-europarecht-thym).

Die neue Zurückweisungspraxis rief Kritik hervor, denn unter Juristinnen und Juristen herrscht weitgehend Einigkeit, dass pauschale Zurückweisungen von Asylsuchenden gegen EU-Recht verstoßen. In der EU regelt die Dublin-Verordnung, welcher Mitgliedstaat für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Diese Zuständigkeit muss im Rahmen eines Dublin-Verfahrens durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ermittelt werden; die Bundespolizei kann dies nicht an der Grenze entscheiden. § 18 Absatz 2 AsylG wird nach dieser Auffassung durch EU-Recht verdrängt (vgl. exemplarisch „Fragen zur Zurückweisung an der Grenze und zu Transitzonen“ vom 24. Januar 2024, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (WD) 3 – 3000 – 151/23). Prof. Dr. Constantin Hruschka befand nach ausführlicher Analyse der EU-Rechtsordnung, dass Alexander Dobrindts Weisung „evident rechtswidrig“ sei (<https://verfassungsblog.de/zurueckweisung-grenze-kontrolle-dobrindt/>). Auch das Verwaltungsgericht (VG) Berlin begründete Anfang Juni 2025 seine Entscheidung, dass drei Asylsuchenden aus Somalia die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zwecks Durchführung eines Dublin-Verfahrens erlaubt werden müsse, mit dem Anwendungsvorrang der Dublin-Verordnung gegenüber § 18 Absatz 2 AsylG (Beschluss vom 2. Juni 2025, 6 L 191/25, 6 L 192/25 sowie 6 L 193/25).

Nichtsdestotrotz hält das Bundesministerium des Innern bislang an den Zurückweisungen fest, ohne dafür eine aus Sicht der Fragestellenden fundierte rechtliche Begründung vorzubringen. Um die Zurückweisungen zu rechtfertigen, bezog sich das Bundesinnenministerium teilweise auf Artikel 72 des Ver-

trags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Dieser erlaube es, im Ausnahmefall zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zum Schutz der inneren Sicherheit auf das nationale Recht zurückzugreifen und von EU-Sekundärrecht abzuweichen (vgl. Antworten zu den Fragen 11 bis 13 auf Bundestagsdrucksache 21/820). Allerdings sind die Voraussetzungen dafür sehr hoch; der Europäische Gerichtshof wies alle bisherigen Versuche, sich auf die Ausnahmeklausel zu berufen, zurück (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4647561).

In der Debatte über Zurückweisungen geht nach Wahrnehmung der Fragestellenden häufig unter, dass auch bereits unter der Vorgängerregierung in großem Umfang Menschen an den Grenzen zurückgewiesen wurden. Im Jahr 2024 waren davon rund 40 000 Menschen betroffen, viele von ihnen kamen aus typischen Asylherkunftsländern wie der Türkei, Syrien oder Afghanistan. Die Fragestellenden vermuten, dass bereits vor dem 7. Mai 2025 Asylsuchende zurückgewiesen wurden, die die Bundespolizei allerdings nicht als solche registriert hat. Ein Indiz dafür ist, dass der Anteil registrierter Asylgesuche bei Aufgriffen an den Binnengrenzen mit der Verstärkung von Binnengrenzkontrollen merklich zurückgegangen ist (vgl. Bundestagsdrucksache 20/14902). Die Bundespolizei verwendet bei der Einreisebefragung ein Formular, das unterschiedliche Reisegründe beinhaltet – etwa Arbeitsaufnahme, Verwandtenbesuch –, nicht aber das Motiv, einen Asylantrag zu stellen (vgl. hierzu und zum Folgenden: Bundestagsdrucksache 20/14902, insbesondere die Vorbemerkung der Fragestellenden, S. 2 f.). Die Fragestellenden halten es für wahrscheinlich, dass Asylsuchende durch dieses Formular dazu verleitet wurden, einen anderen Einreisegrund als „Asyl“ anzugeben, was dann ihrer Zurückweisung Vorschub leistete (vgl. auch www.sueddeutsche.de/politik/asyl-grenze-bundespolizei-lux.TcfdRxtcbACMqyfjhwifH?s=09). Ein weiteres von der Bundespolizei verwendetes Formular, das bei Hinweisen auf ein Asylgesuch verwendet werden soll, sieht vor, dass die Grenzbeamtinnen und Grenzbeamten nach einer Befragung entscheiden sollen, ob die vorgebrachten Gründe ein Asylgesuch darstellen oder nicht. Auch das halten die Fragestellenden für rechtswidrig, weil der geäußerte Wille eines Asylgesuchs ihrer Auffassung nach zwingend zur Einleitung eines Asylverfahrens führen muss, das in alleiniger Zuständigkeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge liegt.

1. Wie viele Feststellungen einer unerlaubten Einreise gab es an deutschen Grenzen im Jahr 2025 bzw. im Jahr 2024 (bitte jeweils auch nach Quartalen auflisten und dabei nach Grenzabschnitten bzw. Nachbarländern differenzieren und gegebenenfalls auch vorläufige, noch nicht qualitätsgesicherte Zahlenangaben machen – das gilt auch für alle nachfolgenden Fragen), und wie viele Eurodac-Treffer (Eurodac = Europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken) gab es dabei (bitte nach Zeitraum, Land der ersten Registrierung und Grenzabschnitten differenzieren)?

Die Feststellungen der mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden zu unerlaubten Einreisen und deren Aufschlüsselung nach Grenzart und Nachbarstaaten sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
unerlaubte Einreisen										
Gesamt	19.994	22.407	21.891	19.280	83.572	14.646	16.537	16.662	15.114	62.959
nach Grenzen										
Landgrenze	16.402	18.810	18.198	15.634	69.044	11.764	13.532	13.480	12.249	51.025
Polen	3.462	6.280	3.968	2.438	16.148	1.946	2.738	1.829	1.607	8.120
Tschechien	1.736	2.136	1.594	1.531	6.997	1.296	1.555	1.229	1.282	5.362
Österreich	3.563	3.109	3.460	3.414	13.546	2.092	2.389	2.658	2.414	9.553

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
unerlaubte Einreisen										
Schweiz	3.523	2.785	3.900	2.896	13.104	1.571	1.453	2.265	2.092	7.381
Frankreich	1.989	2.088	3.101	2.477	9.655	2.341	2.678	2.910	2.609	10.538
Luxemburg	234	314	285	484	1.317	331	367	348	326	1.372
Belgien	704	828	773	1.061	3.366	913	812	705	608	3.038
Niederlande	589	689	609	976	2.863	994	1.253	1.221	1.026	4.494
Dänemark	151	138	111	102	502	102	157	138	120	517
keiner Land- grenze zuzuord- nen	451	443	397	255	1.546	178	130	177	165	650
Luftgrenze	3.468	3.425	3.562	3.515	13.970	2.734	2.866	3.089	2.779	11.468
Seegrenze	124	172	131	131	558	148	139	93	86	466

Die Anzahl der unerlaubt Eingereisten mit EURODAC-Treffer ist in der beige-fügten Anlage dargestellt.* Eine Erfassung des Staates der ersten Asylantrags-stellung erfolgt nicht, daher sind alle Staaten dargestellt, für die EURODAC-Treffer festgestellt wurden.

2. Wie viele Feststellungen einer unerlaubten Einreise gab es an deutschen Grenzen im Jahr 2025 bzw. 2024, bitte zusätzlich differenzieren nach
 - a) Grenzabschnitten bzw. Nachbarländern und Monaten,
 - b) Bundespolizeidirektionen,
 - c) den wichtigsten 20 Staatsangehörigkeiten, und wie viele der Betrof-fenen kamen aus einem der 15 wichtigsten Asylherkunftsländer (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und auch die Gesamtsum-men für diese Länder nennen)?

Die Anzahl unerlaubter Einreisen nach Grenzabschnitten und Nachbarstaaten nach Monaten (2a) ist in der Anlage dargestellt.*

Die Anzahl der unerlaubten Einreisen nach feststellenden Bundespolizeidirekti-onen (2b) ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024	2025
unerlaubte Einreisen		
BPOLD Berlin	9.804	5.231
BPOLD Bad Bramstedt	3.582	2.597
BPOLD Flughafen Frankfurt am Main	7.746	6.160
BPOLD Hannover	2.556	2.806
BPOLD Koblenz	5.964	4.933
BPOLD München	19.341	14.631
BPOLD Pirna	9.816	4.932
BPOLD Stuttgart	19.007	15.284
BPOLD Sankt Augustin	5.624	6.208
Bayerische Grenzpolizei	132	177

Die Anzahl der unerlaubten Einreisen nach Staatsangehörigkeiten (2c) ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/4922 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

	2024	Anteil an Gesamt	2025	Anteil an Gesamt
unerlaubte Einreisen				
Gesamt (20 häufigste Staatsangehörigkeiten im Jahr 2025)	64.155	76,8 Prozent	44.896	71,3 Prozent
ukrainisch	10.217	12,2 Prozent	7.096	11,3 Prozent
afghanisch	8.254	9,9 Prozent	5.188	8,2 Prozent
syrisch	15.926	19,1 Prozent	4.911	7,8 Prozent
türkisch	6.155	7,4 Prozent	4.719	7,5 Prozent
algerisch	2.529	3,0 Prozent	3.188	5,1 Prozent
indisch	2.399	2,9 Prozent	2.121	3,4 Prozent
marokkanisch	2.230	2,7 Prozent	2.090	3,3 Prozent
albanisch	1.641	2,0 Prozent	1.693	2,7 Prozent
somalisch	1.638	2,0 Prozent	1.520	2,4 Prozent
tunesisch	1.587	1,9 Prozent	1.491	2,4 Prozent
russisch	1.611	1,9 Prozent	1.250	2,0 Prozent
chinesisch	1.257	1,5 Prozent	1.232	2,0 Prozent
irakisch	1.752	2,1 Prozent	1.230	2,0 Prozent
serbisch	914	1,1 Prozent	1.111	1,8 Prozent
georgisch	1.327	1,6 Prozent	1.106	1,8 Prozent
kolumbianisch	978	1,2 Prozent	1.105	1,8 Prozent
eritreisch	844	1,0 Prozent	1.043	1,7 Prozent
kosovarisch	869	1,0 Prozent	1.008	1,6 Prozent
moldauisch	1.057	1,3 Prozent	899	1,4 Prozent
nigerianisch	970	1,2 Prozent	895	1,4 Prozent
weitere Staatsangehörigkeiten, welche im Jahr 2025 unter den 15 häufigsten Asylherkunftsländern lagen				
guineisch	1.064	1,3 Prozent	860	1,4 Prozent
iranisch	1.248	1,5 Prozent	743	1,2 Prozent
vietnamesisch	911	1,1 Prozent	676	1,1 Prozent
venezolanisch	280	0,3 Prozent	289	0,5 Prozent

3. In wie vielen Fällen wurde bei Personen, die an der Grenze von der Bundespolizei bei einer unerlaubten Einreise aufgegriffen wurden, im Jahr 2025 bzw. 2024 ein Asylgesuch registriert (bitte nach Quartalen auflisten und dabei nach Grenzabschnitten bzw. Nachbarländern differenzieren), und wie viele Eurodac-Treffer gab es dabei (bitte nach Zeitraum, Land der ersten Registrierung und Grenzabschnitten differenzieren)?

Die Anzahl registrierter Asylgesuche im Zusammenhang mit einer unerlaubten Einreise und deren Aufschlüsselung nach Grenzart und Nachbarstaaten ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
Asylgesuche im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise										
Gesamt	4.361	5.313	5.038	3.467	18.179	1.579	1.300	1.285	964	5.128
nach Grenzen										
Landgrenze	3.407	4.379	4.268	2.796	14.850	1.095	815	879	588	3.377
Polen	450	1.884	877	340	3.551	117	230	162	55	564
Tschechien	159	102	226	203	690	43	45	34	23	145
Österreich	432	359	411	370	1.572	116	104	196	170	586
Schweiz	1.321	1.020	1.649	998	4.988	381	212	171	120	884
Frankreich	546	544	540	343	1.973	155	72	102	74	403
Luxemburg	48	35	60	84	227	22	11	25	8	66

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
Asylgesuche im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise										
Belgien	185	202	203	260	850	157	88	94	72	411
Niederlande	52	31	53	72	208	44	15	38	29	126
Dänemark	38	18	28	15	99	1	5	4	1	11
keiner Land- grenze zuzuord- nen	176	184	221	111	692	59	33	53	36	181
Luftgrenze	929	904	753	653	3.239	475	469	398	366	1.708
Seegrenze	25	30	17	18	90	9	16	8	10	43

Die statistische Erfassung von EURODAC-Treffern erfolgt nur im Zusammenhang mit einem gestellten Asylgesuch gegenüber den Grenzbehörden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. In wie vielen Fällen wurde bei Personen, die an der Grenze von der Bundespolizei bei einer unerlaubten Einreise aufgegriffen wurden, im Jahr 2025 bzw. 2024 ein Asylgesuch registriert, bitte zusätzlich differenzieren nach
 - a) Grenzabschnitten bzw. Nachbarländern und Monaten,
 - b) Bundespolizeidirektionen,
 - c) den wichtigsten 20 Staatsangehörigkeiten, und wie viele der Betroffenen kamen aus einem der 15 wichtigsten Asylherkunftsländer (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und auch die Gesamtsummen für diese Länder nennen),
 - d) der Zahl der Personen, die nach einem Asylgesuch an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet wurden?

Die statistischen Daten zu Grenzabschnitten und Nachbarstaaten nach Monaten (4a) sind in der Anlage dargestellt.*

Die Anzahl der Asylgesuche im Zusammenhang mit einer unerlaubten Einreise nach feststellenden Bundespolizeidirektionen (4b) ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024	2025
Asylgesuche gegenüber Grenzbehörden im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise		
BPOLD Berlin	2.276	449
BPOLD Bad Bramstedt	1.033	262
BPOLD Flughafen Frankfurt am Main	852	463
BPOLD Hannover	1.196	727
BPOLD Koblenz	1.508	451
BPOLD München	1.920	667
BPOLD Pirna	1.723	349
BPOLD Stuttgart	6.378	1.143
BPOLD Sankt Augustin	1.260	606
Bayerische Grenzpolizei	33	11

Die Anzahl der Asylgesuche im Zusammenhang mit einer unerlaubten Einreise nach Staatsangehörigkeiten (4c) ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/4922 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

	2024	Anteil an Gesamt	2025	Anteil an Gesamt
Asylgesuche gegenüber Grenzbehörden im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise				
Gesamt (20 häufigste Staatsangehörigkeiten im Jahr 2025)	16.399	90,2 Prozent	4.452	86,8 Prozent
afghanisch	3.828	21,1 Prozent	1.326	25,9 Prozent
syrisch	6.322	34,8 Prozent	505	9,8 Prozent
türkisch	1.381	7,6 Prozent	388	7,6 Prozent
algerisch	494	2,7 Prozent	337	6,6 Prozent
russisch	482	2,7 Prozent	241	4,7 Prozent
iranisch	578	3,2 Prozent	202	3,9 Prozent
somalisch	431	2,4 Prozent	191	3,7 Prozent
marokkanisch	411	2,3 Prozent	185	3,6 Prozent
ukrainisch	359	2,0 Prozent	159	3,1 Prozent
tunesisch	249	1,4 Prozent	128	2,5 Prozent
chinesisch	146	0,8 Prozent	127	2,5 Prozent
irakisch	523	2,9 Prozent	118	2,3 Prozent
libysch	116	0,6 Prozent	107	2,1 Prozent
pakistanisch	205	1,1 Prozent	85	1,7 Prozent
eritreisch	147	0,8 Prozent	77	1,5 Prozent
guineisch	226	1,2 Prozent	74	1,4 Prozent
sudanesisch	121	0,7 Prozent	62	1,2 Prozent
indisch	181	1,0 Prozent	50	1,0 Prozent
nigerianisch	109	0,6 Prozent	49	1,0 Prozent
palästinensisch	90	0,5 Prozent	41	0,8 Prozent
weitere Staatsangehörigkeiten, welche im Jahr 2025 unter den 15 häufigsten Asylherkunftsländern lagen				
georgisch	18	0,1 Prozent	23	0,4 Prozent
kolumbianisch	87	0,5 Prozent	14	0,3 Prozent
venezolanisch	34	0,2 Prozent	9	0,2 Prozent
vietnamesisch	5	0,0 Prozent	2	0,0 Prozent

Im Jahr 2025 erfolgte bei insgesamt 4.179 Personen, die nach unerlaubter Einreise ein Asylgesuch gegenüber den Grenzbehörden äußerten, die Weiterleitung an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung (4d) (einschließlich Flughafenasylverfahren (4d)). Im Jahr 2024 waren es 17.789 Personen.

- Wie viele Zurückweisungen gab es an deutschen Grenzen im Jahr 2025 bzw. 2024 (bitte nach Quartalen auflisten und dabei nach Grenzabschnitten bzw. Nachbarländern differenzieren), und wie viele Asylsuchende waren darunter (bitte nach den wichtigsten Herkunftsländern, Grenzabschnitten und der Rechtsgrundlage für die Zurückweisung differenzieren)?

Die Anzahl aller vollzogenen Zurückweisungen und deren Aufschlüsselung nach Grenzart und Nachbarstaaten ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
Zurückweisungen										
Gesamt	10.175	11.481	12.506	11.175	45.337	9.273	11.194	11.384	10.364	42.215
nach Grenzen										
Landgrenze	8.261	9.513	10.565	9.304	37.643	7.439	9.313	9.237	8.474	34.463
Polen	2.388	3.330	2.144	1.525	9.387	1.436	2.083	1.210	1.251	5.980

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
Zurückweisungen gemäß AsylG										
20 häufigste Staatsangehörigkeiten im Jahr 2025										
afghanisch	1	1	2	2	6	3	68	38	32	141
türkisch	2	1	1	1	5	2	5	74	31	112
algerisch	1			2	3		24	40	32	96
ukrainisch							16	52	17	85
somalisch							36	6	24	66
russisch			1	2	3	1	9	21	26	57
syrisch	2		9	1	12		10	30	14	54
marokkanisch	8	4	3	2	17		13	12	17	42
iranisch				1	1	2	1	21	15	39
chinesisch							10	10	12	32
libysch							2	14	15	31
tunesisch	1			1	2	2	6	9	14	31
eritreisch							20	4	6	30
irakisch	1	13	7	2	23	1	6	11	9	27
georgisch	1				1	5	2	10	4	21
pakistanisch			2		2	2	8	5	5	20
äthiopisch						4	4	8	2	18
guineisch				1	1		7	5	2	14
tansanisch				2	2	8	1	1	2	12
sudanesisch							1	8	2	11

6. Wie viele Zurückweisungen gab es an deutschen Grenzen im Jahr 2025 bzw. 2024, bitte zusätzlich differenzieren nach
- Grenzabschnitten bzw. Nachbarländern und Monaten,
 - Bundespolizeidirektionen,
 - den wichtigsten 20 Staatsangehörigkeiten, und wie viele der Betroffenen kamen aus einem der 15 wichtigsten Asylherkunftsländer (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und auch die Gesamtsummen für diese Länder nennen),
 - den Gründen der Zurückweisung?

Die statistischen Daten zu Grenzabschnitten und Nachbarstaaten nach Monaten (6a) ist in der Anlage dargestellt.*

Die Anzahl der vollzogenen Zurückweisenden nach Bundespolizeidirektionen (6b) ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024	2025
Zurückweisungen		
BPOLD Berlin	6.550	4.626
BPOLD Bad Bramstedt	1.342	1.337
BPOLD Flughafen Frankfurt am Main	2.373	2.206
BPOLD Hannover	743	1.453
BPOLD Koblenz	2.354	3.291
BPOLD München	9.325	8.784
BPOLD Pirna	5.218	3.128
BPOLD Stuttgart	14.187	12.585

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/4922 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

	2024	2025
Zurückweisungen		
BPOLD Sankt Augustin	2.884	4.390
Bayerische Grenzpolizei	361	415

Die Anzahl der vollzogenen Zurückweisungen nach Staatsangehörigkeiten (6c) ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024	Anteil an Gesamt	2025	Anteil an Gesamt
Zurückweisungen				
Gesamt (20 häufigste Staatsangehörigkeiten im Jahr 2025)	35.297	77,9 Prozent	30.914	73,2 Prozent
ukrainisch	7.858	17,3 Prozent	5.902	14,0 Prozent
türkisch	3.646	8,0 Prozent	3.007	7,1 Prozent
afghanisch	3.445	7,6 Prozent	2.704	6,4 Prozent
algerisch	1.338	3,0 Prozent	2.404	5,7 Prozent
syrisch	6.579	14,5 Prozent	2.241	5,3 Prozent
albanisch	1.409	3,1 Prozent	1.762	4,2 Prozent
marokkanisch	1.291	2,8 Prozent	1.508	3,6 Prozent
kosovarisch	1.285	2,8 Prozent	1.451	3,4 Prozent
georgisch	1.151	2,5 Prozent	1.219	2,9 Prozent
tunesisch	880	1,9 Prozent	1.117	2,6 Prozent
moldauisch	1.035	2,3 Prozent	1.080	2,6 Prozent
serbisch	818	1,8 Prozent	1.020	2,4 Prozent
eritreisch	530	1,2 Prozent	926	2,2 Prozent
somalisch	624	1,4 Prozent	907	2,1 Prozent
kolumbianisch	587	1,3 Prozent	693	1,6 Prozent
russisch	557	1,2 Prozent	637	1,5 Prozent
irakisch	519	1,1 Prozent	620	1,5 Prozent
indisch	779	1,7 Prozent	615	1,5 Prozent
mazedonisch	538	1,2 Prozent	586	1,4 Prozent
ägyptisch	428	0,9 Prozent	515	1,2 Prozent
weitere Staatsangehörigkeiten, welche im Jahr 2025 unter den 15 häufigsten Asylherkunftsländern lagen				
guineisch	494	1,1 Prozent	508	1,2 Prozent
chinesisch	328	0,7 Prozent	488	1,2 Prozent
vietnamesisch	691	1,5 Prozent	430	1,0 Prozent
iranisch	393	0,9 Prozent	360	0,9 Prozent
venezolanisch	133	0,3 Prozent	172	0,4 Prozent

Die Anzahl der vollzogenen Zurückweisungen nach Gründen (6d) ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

		2024	2025
Zurückweisungen			
gemäß AufenthG	(A) ohne gültiges Reisedokument	17.501	16.366
	(B) im Besitz eines falschen, ge- oder verfälschten Reisedokuments	293	385
	(C) ohne gültiges Visum oder gültigen Aufenthaltstitel	18.930	15.373
	(D) im Besitz eines falschen, ge- oder verfälschten Visums oder Aufenthaltstitels	67	98
	(E) verfügt nicht über die erforderlichen Dokumente zum Nachweis von Aufenthaltszweck und -bedingungen	2.075	2.107
	(F) hat sich bereits 90 Tage innerhalb eines Zeitraumes von 180 Tagen im Gebiet der Schengenstaaten aufgehalten	2.551	2.657
	(G) verfügt nicht über ausreichende Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts	1.076	989
	(H1) Ausschreibung zur Einreiseverweigerung im Schengener Informationssystem	895	861
	(H2) Ausschreibung zur Einreiseverweigerung in nationalen Fahndungsbeständen	1.116	1.151
	(I) Gefahr für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit, die öffentliche Gesundheit oder die internationalen Beziehungen	567	971
gemäß AsylG	§ 18 Absatz 2	41	1.016
	§ 18a Absatz 3: unbegründeter Asylantrag im Rahmen des sog. Flughafenasylverfahren	122	91
gemäß FreizügG/EU		103	150

7. Welche Angaben kann die Bundesregierung machen zum „Verbleib“ der bei einer unerlaubten Einreise an den deutschen Grenzen im Jahr 2025 bzw. 2024 festgestellten Personen (bitte wie in der Antwort zu Frage 7 auf Bundestagsdrucksache 20/12827 auflisten)?

Der Verbleib der Personen nach Feststellung der unerlaubten Einreise im Jahr 2025 und 2024 ist in der Anlage dargestellt.*

8. Wie viele Zurückweisungen von Asylsuchenden nach § 18 Absatz 2 AsylG gab es seit dem 7. Mai 2025 (bitte nach Monaten, Grenzabschnitten und den 15 wichtigsten Herkunftsländern der Betroffenen aufschlüsseln)?

Der Erfassung von Zurückweisungen von Asylsuchenden im Rahmen der vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen an allen landseitigen deutschen Binnengrenzen liegt die Weisung des Bundesministeriums des Innern vom 7. Mai 2025 zugrunde. Vom 8. Mai 2025 bis zum 31. Dezember 2025 erfolgten insgesamt 996 Zurückweisungen gemäß § 18 Absatz 2 AsylG. Weitere Daten sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2025							
	08.-31. Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Zurückweisungen gemäß § 18 Absatz 2 AsylG								
Gesamt	119	159	143	133	122	94	132	94
nach Grenzen								
Landweg	117	157	140	130	120	93	128	94
Polen	41	92	8	17	4	2	12	7
Tschechien	1	7	10	6	10	1	3	3

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/4922 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

	2025							
	08.-31. Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Zurückweisungen gemäß § 18 Absatz 2 AsylG								
Österreich	19	19	46	55	40	57	66	52
Schweiz	10	6	30	11	11	6	4	4
Frankreich	7	14	20	6	16	6	14	19
Luxemburg	6	1	3	5	13	2	7	
Belgien	25	11	17	20	19	14	13	7
Niederlande	7	6	6	10	5	5	9	2
Dänemark	1	1			2			
Luftweg	2	2	3	3	2	1	4	
15 häufigste Staatsangehörigkeiten								
afghanisch	23	45	22	9	7	15	11	6
türkisch	2	2	21	30	23	14	15	2
algerisch	18	6	11	14	14	10	15	7
ukrainisch	4	12	20	21	11	2	9	6
somalisch	8	28		2	1	8	9	3
russisch	3	6	8	1	11	4	17	5
syrisch	3	7	9	10	11	4	9	1
marokkanisch	7	4	4	6	2	4	9	2
iranisch	1		13	3	1	3	3	7
chinesisch	9			6	4	4	2	6
libysch	1	1	2	6	6	1	6	8
eritreisch	13	7	2		2	3	3	
tunesisch	4	2	3		4	2	7	3
irakisch		1	2	3	6		1	7
pakistanisch	4	4	1	1	1	2	1	2

9. Wie viele Asylsuchende wurden nicht zurückgewiesen, weil sie als vulnerabel eingestuft wurden (bitte nach Monaten, Grenzabschnitten und den 15 wichtigsten Herkunftsländern der Betroffenen aufschlüsseln)?

Die Bundespolizei erhebt keine statistischen Daten im Sinne der Fragestellung.

10. Wie viele Eil- bzw. Klageverfahren gegen Zurückweisungen von Asylsuchenden durch die Bundespolizei sind derzeit noch bei den Verwaltungsgerichten anhängig, und welche Entscheidungen sind bereits ergangen (bitte mit Gericht, Aktenzeichen und Inhalt der Entscheidung auflisten)?

Bei den Verwaltungsgerichten sind derzeit elf Hauptsacheverfahren (HS) und acht Eilverfahren anhängig sowie ein Hauptsacheverfahren rechtskräftig abgeschlossen. Weitere Informationen sind nachfolgend dargestellt.

Gericht	Aktenzeichen	Inhalt der Entscheidung
VG Berlin (Eil)	6 L 191/25	Gestattung Grenzübertritt (nicht Einreise) zwecks Durchführung der Dublin-III-Zuständigkeitsprüfung
VG Berlin (Eil)	6 L 192/25	
VG Berlin (Eil)	6 L 193/25	
VG München (Eil)	M 24 E 25.4518	Einstellung, wegen gegenseitiger Erledigungserklärung

Gericht	Aktenzeichen	Inhalt der Entscheidung
VG München (Eil und HS)	M 29 S 25.33268, M 29 K 25.33267	Einstellung, wegen gegenseitiger Erledigungserklärung
VG Karlsruhe (Eil)	A 1 K 6656/25	Einstellung mangels Anordnungsgrund, da Einreise schon erfolgt
VG Karlsruhe (Eil)	A 13 K 6042/25	Einstellung, wegen gegenseitiger Erledigungserklärung
VG Köln (Eil)	19 L 3228/25.A	Antrag abgelehnt, da kein Asylgesuch geäußert

11. Welche Reaktionen seitens anderer Mitgliedstaaten und der EU-Kommission gab es seit dem 7. Mai 2025 auf die von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt angeordneten Zurückweisungen von Asylsuchenden sowie auf die fortgesetzten Grenzkontrollen an allen deutschen Binnengrenzen (bitte differenziert darstellen), und was hat die Bundesregierung darauf erwidert?

Die Bundesregierung steht mit der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten in einem regelmäßigen Austausch. Die Reaktionen sind abhängig von der jeweiligen Betroffenheit unterschiedlich ausgeprägt. Dabei erfolgt insbesondere der Dialog mit den Mitgliedstaaten nicht nur auf der ministeriellen Ebene, sondern auch auf der langjährig bewährten und vertrauensvollen fachbehördlichen Ebene unmittelbar vor Ort. Die Bundesregierung nimmt in diesen Austauschformaten die teilweise vorgetragenen Belastungen in den Grenzregionen zur Kenntnis und setzt sich für die Suche nach Lösungen vor Ort ein; sie unterstreicht aber auch die derzeitige Erforderlichkeit der vorübergehend wieder eingeführten Binnengrenzkontrollen. Datum und Format der Gespräche werden statistisch nicht erfasst. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 27 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 21/3358 verwiesen.

12. Wie viele Einsätze der Bundespolizei gab es im Jahr 2025 bzw. 2024, und wie viele Einsätze zur „Grenzsicherung“ waren darunter (bitte nach Bundesländern differenziert auflisten)?

Ein polizeilicher Einsatz liegt vor, wenn operative polizeiliche Aufgaben unter Nutzung personeller und materieller Ressourcen wahrgenommen werden. Nicht jede Grenzkontrolltätigkeit bedingt einen einzelnen Einsatz im Einsatzleitstellensystem (ELS BPOL). Einsätze können auch als „Tageseinsatz“ angelegt sein. Maßnahmen zur „Grenzsicherung“ können auch im Rahmen der bahnpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung erfolgen. Eine Differenzierung ist in diesen Fällen nicht möglich. Insofern ist die Anzahl an Einsätzen zur „Grenzsicherung“ nicht abschließend.

In der Bundespolizei findet dementsprechend täglich eine Vielzahl von Einsatzmaßnahmen im Rahmen der originären Aufgabenwahrnehmung statt. Die Einsatzmaßnahmen betreffen hierbei alle Aufgabenbereiche, welche der Bundespolizei nach dem Bundespolizeigesetz obliegen. Sie sind ferner in ihrer Zielrichtung (präventiv/repressiv), ihrem jeweiligen Umfang (Wahrnehmung in der Allgemeinen Aufbauorganisation / Besonderen Aufbauorganisation) und dem Anlasszeitpunkt (ad hoc/geplant) unterschiedlich.

Die Bundespolizei dokumentierte im Jahr 2024 insgesamt 1.046.120 Einsätze und im Jahr 2025 insgesamt 1.072.661 Einsätze. Aufgrund des weit zu fassen-

den Begriffs „Grenzsicherung“ bilden die nachfolgend dargestellten Werte die Einsätze ab, welche im Rahmen der grenzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung durchgeführt wurden. Dies waren im Jahr 2024 insgesamt 251.313 und im Jahr 2025 insgesamt 262.639 Einsätze. Eine differenzierte Auflistung nach Ländern und Jahren ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024	2025
Gesamtanzahl der Einsätze der Bundespolizei	1.046.120	1.072.661
davon zur Grenzsicherung	251.313	262.639
Einsätze zur Grenzsicherung nach Ländern gemäß räumlicher Zuständigkeit der Bundespolizeiinspektionen		
Bayern	40.381	42.748
Baden-Württemberg	21.531	21.314
Berlin	18.615	20.447
Brandenburg	20.514	23.339
Hamburg	7.712	7.842
Hessen	25.877	25.985
Mecklenburg-Vorpommern	10.834	12.598
Niedersachsen + Bremen	7.147	7.937
Nordrhein-Westfalen	43.762	43.942
Rheinland-Pfalz	7.208	5.212
Saarland	5.389	5.541
Sachsen	32.053	33.678
Sachsen-Anhalt	12	15
Schleswig-Holstein	9.892	11.495
Thüringen	386	546

13. Wie viele strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurden im Jahr 2025 bzw. 2024 gegen unerlaubt eingereiste Personen eingeleitet (bitte auch nach Quartalen und den 15 wichtigsten Herkunftsländern bzw. den 15 wichtigsten Straftatbeständen differenzieren), und welchen Deliktgruppen sind die Straftaten vor allem zuzuordnen (z. B. Verstöße gegen das Aufenthalts- bzw. Freizügigkeitsgesetz, Urkundenfälschung, Straßenverkehrsdelikte, Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, Steuerdelikte usw.; bitte quantifizieren)?

Den unerlaubt eingereisten Personen wurden im Tatzusammenhang zu ihrer unerlaubten Einreise im Jahr 2024 insgesamt 151.020 Delikte und im Jahr 2025 insgesamt 99.052 Delikte im Sinne der Fragestellung zugeordnet.

Die Staatsangehörigkeiten entsprechen denen der unerlaubt eingereisten Personen. Auf die Antwort zu Frage 2 wird verwiesen.

Die 15 häufigsten Delikte sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
Delikte im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise										
§ 95 Absatz 1 Nr. 3 AufenthG	18.890	21.319	20.851	18.265	79.325	13.823	15.651	15.664	14.245	59.383
§ 95 Absatz 1 Nr. 2 AufenthG	10.625	11.246	9.586	8.221	39.678	5.444	5.387	5.621	5.066	21.518
§ 95 Absatz 1 Nr. 1 AufenthG	6.198	6.194	5.450	4.138	21.980	2.250	2.244	2.264	2.145	8.903
§ 95 Absatz 2 Nr. 1 AufenthG	812	831	592	739	2.974	733	716	658	713	2.820
§ 95 Absatz 2 Nr. 2 AufenthG	355	361	328	384	1.428	309	309	372	360	1.350
§ 267 Absatz 1 StGB	273	279	283	252	1.087	206	216	232	266	920
§ 34 KCanG		89	112	187	388	202	223	197	206	828
§ 276 Absatz 1 Nr. 1 StGB	163	175	136	152	626	103	106	103	140	452
§ 281 StGB	123	116	146	129	514	92	108	90	91	381
§ 95 Absatz 6 AufenthG	65	91	121	59	336	57	58	73	57	245
§ 21 Absatz 1 Nr. 1 StVG	35	41	35	43	154	38	72	58	59	227
§ 9 FreizügG/EU	37	46	41	51	175	49	52	44	51	196
§ 29 Absatz 1 Nr. 1 BtMG	150	44	43	37	274	33	35	40	26	134
§ 52 Absatz 3 Nr. 1 WaffG	36	33	26	35	130	34	34	27	36	131
§ 263 Absatz 1 StGB	17	19	33	25	94	22	31	11	24	88

Die Zuordnung aller Delikte zu den Deliktgruppen ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
Delikte im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise										
Verstoß AufenthG	36.975	40.086	36.968	31.839	145.868	22.657	24.404	24.693	22.629	94.383
Urkundenfälschungen	810	758	825	729	3.122	552	546	524	624	2.246
Betäubungsmittel	243	151	171	254	819	250	277	260	256	1.043
Straßenverkehrsdelikte	62	71	60	70	263	67	90	67	69	293
Verstoß FreizügG/EU	37	46	41	51	175	49	52	44	51	196
Waffendelikte	43	43	36	57	179	42	44	35	45	166
Widerstand gegen die Staatsgewalt	30	24	20	36	110	41	55	35	21	152
sonstige Straftaten	17	16	17	25	75	30	35	34	28	127
Betrug und Untreue	23	29	40	30	122	29	36	12	24	101
Eigentumsdelikte	22	22	31	19	94	28	26	11	19	84
Verstoß AsylG	11		4	8	23	12	9	10	7	38
Steuerstraftaten	3	1	2	4	10	13	10	5	6	34

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
Delikte im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise										
Straftaten gegen die persönliche Freiheit	2	7	1	4	14	5	8	14	6	33
Begünstigung und Hehlerei	9	10	10	8	37	9	8	7	8	32
Sprengstoffdelikte	4	4	1	26	35	7	2	3	19	31
Körperverletzungsdelikte	7	11	5	7	30	4	15	7	1	27
Sachbeschädigung	2	3	4	3	12	5	2	5	2	14
Eingriffe und Störungen		2			2	3	3	3	4	13
Geld- und Wertzeichenfälschung	5		2	5	12	6	1	3	1	11
Staatsschutz	2	5	2	1	10	3	2	2	3	10
gemeingefährliche Straftaten		1			1		2	1	2	5
Straftaten gegen die öffentliche Ordnung		1	1		2			2	3	5
Sexualdelikte		1			1		2		2	4
Amtsdelikte		2		1	3				2	2
Raubdelikte						1				1
Luftsicherheit	1				1		1			1

14. Wie viele Aufgriffe unerlaubt eingereister, unbegleiteter Minderjähriger gab es an deutschen Grenzen im Jahr 2025 bzw. 2024, wie viele von ihnen wurden in die Obhut der Jugendämter gegeben, und wie viele wurden zurückgewiesen (bitte nach Quartalen auflisten und dabei nach Grenzabschnitten bzw. Nachbarländern und den zehn wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die festgestellten unerlaubten Einreisen und Zurückweisungen unbegleiteter Minderjähriger sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

Hinweis:

Die statistische Erfassung von unerlaubten Einreisen (Straftaten) und Zurückweisungen erfolgt voneinander unabhängig. In den Daten der Zurückweisungen sind Maßnahmen enthalten, denen eine unerlaubte Einreise vorausgeht und denen keine unerlaubte Einreise im strafrechtlichen Sinne zugrunde liegt.

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
Feststellungen unbegleiteter Minderjähriger										
unerlaubte Einreisen	1.105	1.192	1.608	1.056	4.961	519	700	651	584	2.454
davon Weiterleitung an das Jugendamt	805	907	1.176	697	3.585	308	370	277	250	1.205
Zurückweisungen	355	418	531	353	1.657	145	333	274	254	1.006

Die Aufschlüsselung der unerlaubten Einreisen unbegleiteter Minderjähriger nach Grenzart, Nachbarländern und den zehn häufigsten Staatsangehörigen sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
unerlaubte Einreisen unbegleiteter Minderjähriger										
nach Grenzen										
Landgrenze	1.076	1.167	1.563	1.035	4.841	501	688	629	576	2.394
Polen	87	353	313	107	860	44	220	57	47	368
Tschechien	16	16	32	35	99	13	22	15	13	63
Österreich	218	147	249	242	856	53	82	88	82	305
Schweiz	400	363	588	302	1.653	138	122	234	239	733
Frankreich	201	170	222	190	783	133	143	124	118	518
Luxemburg	11	6	12	15	44	11	11	9	8	39
Belgien	61	48	63	86	258	55	41	37	29	162
Niederlande	19	19	22	26	86	34	36	44	21	135
Dänemark	10		1	2	13	2	1	4	2	9
keiner Landgrenze zuzuordnen	53	45	61	30	189	18	10	17	17	62
Luftgrenze	27	21	43	21	112	17	10	21	8	56
Seegrenze	2	4	2		8	1	2	1		4
zehn häufigste Staatsangehörigkeiten im Jahr 2025										
somalisch	58	168	238	74	538	34	168	81	132	415
afghanisch	162	215	272	237	886	86	110	94	79	369
algerisch	51	47	67	63	228	49	43	52	61	205
ukrainisch	56	61	51	34	202	34	65	40	43	182
syrisch	328	246	521	333	1.428	62	32	49	34	177
guineisch	149	102	69	83	403	64	38	33	40	175
marokkanisch	58	60	72	45	235	34	43	59	35	171
eritreisch	5	16	20	7	48	8	55	48	21	132
türkisch	21	21	42	20	104	15	11	27	12	65
tunesisch	36	19	34	19	108	17	10	12	13	52

15. In wie vielen Fällen gab es im Jahr 2025 bzw. 2024 Zurückweisungen an der Grenze nach einem parallel durchgeführten Dublin-Verfahren (bitte nach Monaten, wichtigsten Staatsangehörigkeiten und Mitgliedstaaten differenzieren)?

Die statistischen Daten zu Zurückweisungen nach einem durchgeführten Dublin-Verfahren sind in der Anlage dargestellt.*

16. Welche Angaben kann die Bundesregierung machen zu Aufgriffen, Zurückweisungen und Festnahmen sogenannter Schleuser bzw. entsprechender Ermittlungsverfahren bei Kontrollen der Bundespolizei an den Grenzen im Jahr 2025 bzw. 2024 (bitte zusätzlich nach Monaten, Grenzabschnitten bzw. Landesgrenzen, wichtigsten Staatsangehörigkeiten, stationärer Kontrolle bzw. Schleierfahndung bzw. Schwerpunktkontrolle differenzieren)?

Die statistischen Daten zu Feststellungen von Schleusern nach Grenzabschnitten und Nachbarstaaten nach Monaten ist in der Anlage dargestellt.*

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/4922 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Die Anzahl der Schleuser nach den wichtigsten 20 Staatsangehörigkeiten und nach Aufgriffsort ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Weitere Informationen im Sinne der Fragestellung liegen nicht vor.

	2024	2025
Schleuser		
20 häufigste Staatsangehörigkeiten im Jahr 2025		
syrisch	253	207
ukrainisch	256	181
türkisch	158	147
afghanisch	96	117
deutsch	96	80
albanisch	37	58
irakisch	42	44
französisch	33	38
serbisch	43	35
algerisch	15	33
kosovarisch	23	32
pakistanisch	24	31
rumänisch	34	28
moldauisch	40	27
chinesisch	11	26
georgisch	29	25
italienisch	12	22
niederländisch	16	20
tunesisch	9	20
belgisch	14	19
bosnisch-herzegowinisch	6	19
vietnamesisch	19	19
Aufgriffsort		
Grenzübergang	1.091	1.397
Grenzgebiet bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern	501	183
Inland	72	46

17. Gegen wie viele der im Jahr 2025 bzw. 2024 bei einer unerlaubten Einreise festgestellten Personen lag ein Einreise- bzw. Aufenthaltsverbot vor (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben und nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren), wie viele dieser Personen wurden zurückgewiesen bzw. zurückgeschoben bzw. wie vielen wurde infolge eines Asylgesuchs der Zugang zu einem Asylverfahren gewährt (bitte ebenfalls nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Feststellungen unerlaubt eingereister Personen mit Einreise- und Aufenthaltsverbot sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024		2025	
	Gesamt	Anteil an unerlaubten Einreisen	Gesamt	Anteil an unerlaubten Einreisen
unerlaubte Einreisen mit Einreise- und Aufenthaltsverbot				
Gesamt	2.284	2,7 Prozent	2.326	3,7 Prozent
15 häufigste Staatsangehörigkeiten im Jahr 2025				
afghanisch	246	3,0 Prozent	207	4,0 Prozent
syrisch	233	1,5 Prozent	207	4,2 Prozent
algerisch	119	4,7 Prozent	160	5,0 Prozent

	2024		2025	
	Gesamt	Anteil an unerlaubten Einreisen	Gesamt	Anteil an unerlaubten Einreisen
unerlaubte Einreisen mit Einreise- und Aufenthaltsverbot				
türkisch	148	2,4 Prozent	154	3,3 Prozent
albanisch	147	9,0 Prozent	136	8,0 Prozent
georgisch	152	11,5 Prozent	112	10,1 Prozent
marokkanisch	66	3,0 Prozent	97	4,6 Prozent
kosovarisch	74	8,5 Prozent	65	6,4 Prozent
rumänisch	53	84,1 Prozent	61	85,9 Prozent
ukrainisch	50	0,5 Prozent	58	0,8 Prozent
moldauisch	70	6,6 Prozent	56	6,2 Prozent
mazedonisch	59	11,8 Prozent	52	9,3 Prozent
somalisch	22	1,3 Prozent	52	3,4 Prozent
irakisch	39	2,2 Prozent	51	4,1 Prozent
guineisch	23	2,2 Prozent	50	5,8 Prozent

Die aufgrund eines Einreise- und Aufenthaltsverbots vollzogenen Zurückweisungen sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die statistische Erfassung von unerlaubten Einreisen (Straftaten) und Zurückweisungen voneinander unabhängig erfolgt.

	2024	2025
Zurückweisungen wegen Einreise- und Aufenthaltsverbot		
Gesamt	2.011	2.012
15 häufigste Staatsangehörigkeiten im Jahr 2025		
kosovarisch	233	187
georgisch	195	180
albanisch	217	170
afghanisch	122	132
syrisch	144	123
türkisch	126	118
algerisch	60	81
mazedonisch	100	75
moldauisch	72	72
serbisch	72	67
iranisch	35	54
ukrainisch	53	49
marokkanisch	34	43
russisch	27	35
somalisch	19	31

Daten zu Zurückschiebungen aufgrund eines Einreise- und Aufenthaltsverbots werden nicht erhoben.

Personen, welche nach einer unerlaubten Einreise mit Einreise- und Aufenthaltsverbot und einem Asylgesuch gegenüber den Grenzbehörden an eine inländische Stelle (einschließlich Flughafenasyilverfahren) weitergeleitet wurden, sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt.

	2024	2025
unerlaubte Einreisen mit Einreise- und Aufenthaltsverbot und Asylgesuch und Weiterleitung an inländische Stellen (einschließlich Flughafen- asylverfahren)		
Gesamt	36	17
Staatsangehörigkeiten		
afghanisch	9	1
marokkanisch	5	1
syrisch	4	1
türkisch	3	1
algerisch	3	
iranisch		3
russisch	1	2
aserbaidschanisch		2
eritreisch	2	
ghanaisch	1	1
ägyptisch	1	
albanisch		1
amerikanisch	1	
armenisch		1
georgisch		1
irakisch	1	
ivorisch	1	
jemenitisch		1
kamerunisch	1	
moldauisch	1	
serbisch	1	
turkmenisch		1
venezolanisch	1	

18. Wie viele einsatzbedingte Mehrkosten sind bei der Bundespolizei infolge der Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen an allen Landesgrenzen seit dem 16. September 2024 entstanden (bitte nach Quartalen sowie nach Mehrarbeitsvergütung, Zulagen, Hotelkosten usw. differenzieren)?

Die Bundespolizei erfasst ihre geleisteten Einsatzstunden sowie ihre einsatzbedingten Kosten aufgrund der vorübergehend eingeführten Grenzkontrollen quartalsweise. Bezüglich der Quartale bis 30. Juni 2025 wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 25 der Abgeordneten Clara Bünger auf Bundestagsdrucksache 21/1164 verwiesen. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass die sogenannte Mehrarbeitsvergütung eine rechnerische Größe darstellt und sich kostenwirksam so nicht realisiert, weil nach § 88 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) vorrangig Freizeitausgleich gewährt wird.

Zeitraum	Mehrarbeitsvergütung*	Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten	Betrieb Grenzkontrollstellen	Verbrauch Führungs- und Einsatzmittel	Hotelunterbringung, Verpflegung	Gesamt
01.07. – 30.09.2025	12,2	2,4	2,0	2,9	9,9	29,4
01.10. – 31.12.2025	11,7	2,3	4,9	3,1	8,1	30,1
Gesamt in Mio. Euro	23,9	4,7	6,9	6,0	18,0	59,5

Die Mehrarbeitsvergütung ist kalkulatorisch ermittelt. Diese wird nur dann kas-senwirksam, wenn Beamtinnen und Beamten nach Vorgabe des § 88 BBG nicht – im Grundsatz vorrangig – innerhalb von zwölf Monaten Freizeitausgleich ge-währt werden kann.

19. Welche Einschätzungen hat die Bundesregierung bzw. die Bundespolizei dazu, in welchem Umfang Asylsuchende durch die Binnengrenzkontrol-len und Zurückweisungen tatsächlich effektiv und dauerhaft von einer Einreise und Asylantragstellung in Deutschland abgehalten werden?
 - a) Wie bewertet die Bundesregierung diesbezüglich das Verhältnis der Zahl zurückgewiesener Asylsuchender seit dem 7. Mai 2025 zur Zahl der in diesem Zeitraum registrierten Asylerstanträge (bitte beide Zah-len nennen)?
 - b) Welche Daten, Informationen oder Einschätzungen gibt es dazu, wie viele der zurückgewiesenen Personen später nach Deutschland einge-reist sind und einen Asylantrag stellten (bitte so differenziert wie möglich, etwa auch mit Zahlen für das Jahr 2025, ausführen)?
 - c) Welche Einschätzung hat die Bundesregierung bzw. die Bundespoli-zei dazu, ob Asylsuchende auf ein Asylgesuch nach einem Aufgriff an der Binnengrenze verzichten, weil sie wissen, dass sie trotz eines Asylgesuchs zurückgewiesen werden können und sie sich deshalb auf den Versuch einer erneuten Einreise zu einem späteren Zeitpunkt und bzw. oder an einem anderen Grenzabschnitt konzentrieren (bitte ausführen)?

Die Fragen 19 bis 19c werden gemeinsam beantwortet. Im Zeitraum vom 7. Mai 2025 bis zum 31. Dezember 2025 wurden 66.077 Asylerstanträge regi-striert. Im Januar 2026 waren es 7.649 Asylerstanträge. Im Zeitraum vom 7. Mai 2025 bis zum 31. Dezember 2025 hat die Bundespolizei im Rahmen der vor-übergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen 979 Personen mit Asyl-gesuch zurückgewiesen. Im Januar 2026 waren es in diesem Sinne 79 Perso-nen. Die vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen und damit einhergehenden Zurückweisungen sind als eine von mehreren migrationsordn-enden und -begrenzenden Maßnahmen erforderlich, um der Belastung der Sys-teme in Deutschland durch das insgesamt zu hohe Migrationsgeschehen in den letzten Jahren entgegenzuwirken und notwendig, bis das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem tatsächlich funktionsfähig ist. Das heißt: wirksamer Schutz an den EU-Außengrenzen, ein funktionierendes System mit Überstel-lungen von Flüchtlingen in die EU-Länder, die dafür zuständig sind und ein Solidaritätsmechanismus, der tatsächlich greift. Das Ziel der Bundesregierung ist weiterhin, das irreguläre Migrationsgeschehen einzudämmen und die Schleuserkriminalität entschieden zu bekämpfen. Nicht nur die isolierte Be-trachtung der Anzahl des irregulären Migrationsgeschehens einschließlich des Asylzugangs allein, sondern auch die Stetigkeit dieses Zustroms über die zu-rückliegenden Jahre be- bzw. überlastet insbesondere die Aufnahme- und Integ-rationssysteme in Bund, Ländern und Kommunen. Hinzu kommen die andau-ernden Herausforderungen für die Unterbringung und Versorgung der rund 1,3 Millionen aus der Ukraine kriegsbedingt geflüchteten Personen. Der Bun-desregierung liegen darüber hinaus keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestel-lung vor.

20. Wie ist die aktuelle Fortsetzung von Zurückweisungen von Asylsuchenden an den deutschen Binnengrenzen unter Berufung auf Artikel 72 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, d. h. die Behauptung einer Notlage, die eine Abweichung von EU-Recht ausnahmsweise rechtfertigen können soll (vgl. Bundestagsdrucksache 21/820), damit vereinbar, dass der Bundesminister des Innern, Alexander Dobrindt, in der Regierungsbefragung vom 14. Januar 2026 (Plenarprotokoll 21/52, S. 6179) darauf verwies, dass die „illegale Migration um 51 Prozent gesenkt“ worden sei, „im Verhältnis zu zwei Jahren davor um 66 Prozent“, und dass die „Migrationswende“ „ein großer Erfolg“ sei, dass also die Zahl der Asylsuchenden massiv zurückgegangen ist, was die Annahme einer besonderen Notlage, die es erfordere, EU-Recht unangewendet zu lassen, nach Auffassung der Fragestellenden noch fragwürdiger erscheinen lässt als zuvor (bitte begründen)?

Auf die Antwort zu den Fragen 19 bis 19c wird verwiesen.

- a) Inwiefern berücksichtigt die Bundesregierung dabei, dass das Berliner Verwaltungsgericht bereits mit Beschluss vom 2. Juni 2025 (www.asyl.net/view/vg-berlin-keine-zurueckweisung-an-der-grenze) die Berufung der Bundesregierung auf Artikel 72 AEUV zurückgewiesen hat, unter anderem, weil keine konkreten Gründe für die Annahme einer gegenwärtigen, erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dargelegt worden seien (bitte in Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Gründen des Gerichts beantworten)?

Aus Sicht des Bundesministeriums des Innern wurde bisher nicht über die Rechtmäßigkeit der Zurückweisungspraxis allgemein entschieden. Zu den Voraussetzungen des Artikels 72 AEUV konnte in dem Eilverfahren weder umfassend vorgetragen werden, noch wurden die Voraussetzungen umfangreich geprüft.

- b) Wie begründet die Bundesregierung, dass Zurückweisungen von Schutzsuchenden erforderlich, verhältnismäßig und geeignet sind (bei der Antwort bitte auf diese Aspekte getrennt eingehen), um die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit“ (so die Bundesregierung in der Antwort zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 21/820) zu gewährleisten (bitte ausführlich darlegen)?

Die Zurückweisungen von Schutzsuchenden im Rahmen der vorübergehend wiederingeführten Binnengrenzkontrollen erfolgen bei Nichterfüllung der Einreisevoraussetzungen. Sie sind aus Sicht des Bundesministeriums des Innern erforderlich, verhältnismäßig und geeignet, als eine von mehreren Maßnahmen das irreguläre Migrationsgeschehen zu verhindern oder zu unterbinden und der Be- und Überlastung der deutschen Versorgungs- und Aufnahmesysteme entgegenzuwirken. Sie tragen dazu bei, den bereits erzielten temporären Rückgang des irregulären Migrationsgeschehens nachhaltig zu festigen und die andauernde unterschiedlich ausgeprägte Be- und Überlastung der Versorgungs- und Aufnahmesysteme zu reduzieren. Im Übrigen wird auf die Antwort zu den Fragen 19 bis 19c verwiesen.

- c) Wie begründet die Bundesregierung, dass sie Artikel 72 AEUV in Anspruch nimmt, obwohl nach Feststellungen des VG Berlin (s. Vorbemerkung der Fragestellenden) zuvor nicht auf im Europarecht vorgesehene geregelte Verfahren zurückgegriffen wurde, etwa Artikel 33 der Dublin-III-Verordnung oder Artikel 43 Absatz 1 der Asylverfahrensrichtlinie?

Auf die Antwort zu Frage 20b wird verwiesen.

- d) Ist die Annahme der Fragestellenden zutreffend, dass der Bundesinnenminister bei seinen o. g. Äußerungen mit der Redewendung „illegaler Migration“ die Schutzsuche von Asylsuchenden meinte (denn die Zahlenangaben entsprechen dem Rückgang der registrierten Asylanträge), wenn nein, was meinte er, wie passen dazu die von ihm genannten Zahlen, und wenn ja, hält die Bundesregierung dies für eine angemessene Ausdrucksweise, vor dem Hintergrund, dass „jeder Mensch[...] das Recht [hat], in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“ (Artikel 14 Absatz 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) und dass die Einreise von Schutzsuchenden nicht kriminalisiert werden darf (vgl. Artikel 31 Absatz 1 der Genfer Flüchtlingskonvention und § 95 Absatz 5 des Aufenthaltsgesetzes), sodass auch die Verfahren wegen unerlaubter Einreise bei Asylsuchenden regelmäßig wieder eingestellt werden (bitte begründen)?

Der Begriff der illegalen Migration wird im migrationspolitischen Kontext für Personen verwendet, die nach Deutschland einreisen bzw. einzureisen versuchen oder sich aufhalten, ohne die rechtlichen Einreise- und Aufenthaltsvoraussetzungen zu erfüllen.

21. Gilt nach Auffassung der Bundesregierung immer noch die von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister des Innern Daniela Ludwig am 21. Mai 2025 im Parlament zur Rechtfertigung der Annahme einer Notlage im Sinne von Artikel 72 AEUV vorgetragene Behauptung, sie kenne „keine Kommune in ganz Deutschland, [...] die klarkommt mit den hohen Zahlen“ (Plenarprotokoll 21/6, S. 411), wenn ja, bitte begründen und darlegen, und wenn nein, wie lässt sich dann die andauernde Außerkraftsetzung von EU-Recht nach Auffassung der Bundesregierung rechtfertigen (bitte begründen)?

Auf die Antwort zu den Fragen 19 bis 19c wird verwiesen.

Anlage zur Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage 21/4215 der Fraktion Die Linke

Antwort auf Frage 1:

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
unerlaubte Einreisen mit EURODAC-Treffer										
Gesamt	1.890	1.456	1.820	1.395	6.561	673	405	309	201	1.588
nach Grenzen										
Landgrenze	1.628	1.238	1.652	1.263	5.781	492	235	177	138	1.042
Polen	37	53	119	88	297	21	5	6	6	38
Tschechien	49	57	123	129	358	34	34	7	8	83
Österreich	145	79	93	107	424	43	22	23	13	101
Schweiz	717	459	718	468	2.362	175	95	60	53	383
Frankreich	349	352	327	188	1.216	76	23	31	24	154
Luxemburg	30	24	26	50	130	14	6	8	2	30
Belgien	128	107	98	138	471	77	33	15	5	130
Niederlande	42	15	30	33	120	27	1	6	10	44
Dänemark	24	14	14	9	61	1	2	3	1	7
keiner Landgrenze zuzuordnen	107	78	104	53	342	24	14	18	16	72
Luftgrenze	246	199	152	124	721	173	157	129	55	514
Seegrenze	16	19	16	8	59	8	13	3	8	32
nach Land der Antragstellung (EURODAC-Treffer)										
Italien	502	415	556	456	1.929	139	57	55	36	287
Griechenland	555	387	312	282	1.536	238	180	119	74	611
Kroatien	456	270	479	292	1.497	86	69	68	25	248
Bulgarien	147	103	187	106	543	30	5	8	6	49
Schweiz	131	78	78	72	359	61	33	15	27	136
Frankreich	122	121	58	65	366	52	23	14	8	97
Österreich	77	72	46	50	245	37	28	7	9	81

	2024					2025				
	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.	Gesamt
unerlaubte Einreisen mit EURODAC-Treffer										
Deutschland	60	71	60	46	237	48	17	15	7	87
Niederlande	72	47	37	42	198	44	15	14	17	90
Spanien	47	37	59	54	197	36	21	8	16	81
Polen	14	60	94	45	213	23	3	10	2	38
Belgien	44	44	40	22	150	28	8	6	2	44
Schweden	40	26	22	22	110	14	18	5	2	39
Slowenien	23	14	34	27	98	16	7	3	1	27
Lettland	5	3	34	32	74	1		1	13	15
Rumänien	35	12	11	8	66	5	3	3		11
Finnland	9	10	8	5	32	6	1	3	1	11
Dänemark	7	7	9	10	33	1	2	3	1	7
Ungarn	17	7	4	4	32	2	2	1	1	6
Luxemburg	3	8	1	6	18	5	2	1		8
Norwegen	5	2	3	2	12	8	1	2		11
Zypern	4	8	6	4	22		1			1
Portugal	7	2	3	5	17	1	1			2
Slowakei	1	4	4	3	12	4				4
Litauen	1	2	1	3	7	1		1	1	3
Tschechien	1	1	4		6			2	2	4
Irland	2		1	3	6			1		1
Liechtenstein	1	1	1		3	2				2
Malta				1	1		1	1		2
Island	1				1	1				1
Estland									1	1

Antwort auf Frage 2a:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
unerlaubte Einreisen												
2024												
Gesamt	6.906	5.998	7.090	7.566	7.124	7.717	7.151	7.819	6.921	6.889	6.153	6.238
Landgrenze	5.776	4.864	5.762	6.301	6.059	6.450	5.801	6.590	5.807	5.649	4.903	5.082
Polen	905	911	1.646	2.159	2.237	1.884	1.304	1.459	1.205	800	682	956
Tschechien	583	509	644	777	684	675	597	548	449	561	426	544
Österreich	1.503	1.069	991	1.033	1.010	1.066	1.171	1.257	1.032	1.239	1.137	1.038
Schweiz	1.436	1.050	1.037	983	901	901	1.005	1.530	1.365	1.200	904	792
Frankreich	641	642	706	617	635	836	898	1.132	1.071	880	780	817
Luxemburg	84	73	77	67	65	182	108	90	87	147	184	153
Belgien	220	265	219	274	211	343	261	235	277	363	366	332
Niederlande	198	192	199	206	149	334	267	144	198	303	336	337
Dänemark	28	35	88	42	26	70	53	27	31	40	26	36
keiner Landgrenze zuzuordnen	178	118	155	143	141	159	137	168	92	116	62	77
Luftgrenze	1.096	1.089	1.283	1.210	1.032	1.183	1.289	1.198	1.075	1.197	1.199	1.119
Seegrenze	34	45	45	55	33	84	61	31	39	43	51	37
2025												
Gesamt	5.394	4.667	4.585	5.079	5.801	5.657	5.783	5.916	4.963	5.093	5.015	5.006
Landgrenze	4.306	3.779	3.679	4.132	4.791	4.609	4.648	4.822	4.010	4.072	4.114	4.063
Polen	681	607	658	811	924	1.003	696	610	523	521	527	559
Tschechien	454	399	443	498	531	526	402	457	370	422	411	449
Österreich	800	669	623	849	817	723	804	1.010	844	812	767	835
Schweiz	610	529	432	522	467	464	789	772	704	714	726	652
Frankreich	833	717	791	644	1.040	994	920	1.112	878	792	946	871
Luxemburg	126	111	94	111	148	108	119	117	112	104	111	111

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
unerlaubte Einreisen												
Belgien	339	344	230	268	288	256	303	229	173	203	226	179
Niederlande	356	323	315	330	489	434	510	407	304	384	308	334
Dänemark	35	27	40	54	45	58	53	40	45	53	36	31
keiner Landgrenze zuzuordnen	72	53	53	45	42	43	52	68	57	67	56	42
Luftgrenze	1.045	840	849	887	977	1.002	1.098	1.073	918	997	868	914
Seegrenze	43	48	57	60	33	46	37	21	35	24	33	29

Antwort auf Frage 4a:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Asylgesuche im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise												
2024												
Gesamt	1.508	1.149	1.704	1.880	1.962	1.471	1.434	1.930	1.674	1.437	1.114	916
Landgrenze	1.248	825	1.334	1.493	1.692	1.194	1.146	1.662	1.460	1.169	869	758
Polen	52	49	349	617	836	431	251	334	292	164	91	85
Tschechien	47	35	77	29	47	26	67	85	74	94	66	43
Österreich	192	131	109	119	144	96	121	141	149	128	115	127
Schweiz	581	358	382	381	313	326	385	676	588	433	305	260
Frankreich	187	103	256	188	201	155	131	205	204	141	111	91
Luxemburg	20	14	14	17	12	6	15	33	12	25	34	25
Belgien	64	68	53	71	61	70	65	63	75	90	94	76
Niederlande	24	16	12	13	7	11	21	20	12	21	29	22
Dänemark	8	6	24	5	4	9	14	8	6	5	7	3
keiner Landgrenze zuzuordnen	73	45	58	53	67	64	76	97	48	68	17	26
Luftgrenze	252	317	360	370	263	271	283	264	206	263	239	151
Seegrenze	8	7	10	17	7	6	5	4	8	5	6	7
2025												
Gesamt	594	535	450	541	383	376	463	497	325	277	345	342
Landgrenze	442	370	283	376	184	255	294	358	227	181	230	177
Polen	41	35	41	73	65	92	59	86	17	20	27	8
Tschechien	23	19	1	10	11	24	12	8	14	7	12	4
Österreich	65	19	32	61	19	24	60	89	47	44	56	70
Schweiz	145	152	84	126	44	42	70	65	36	34	54	32
Frankreich	63	52	40	38	13	21	35	34	33	22	24	28
Luxemburg	8	12	2	7	1	3	1	5	19	2	6	
Belgien	61	47	49	45	21	22	29	33	32	32	20	20

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Asylgesuche im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise												
Niederlande	11	15	18	3	4	8	10	18	10	7	15	7
Dänemark	1			1	3	1	1	2	1			1
keiner Landgrenze zuzuordnen	24	19	16	12	3	18	17	18	18	13	16	7
Luftgrenze	147	162	166	161	196	112	168	136	94	95	108	163
Seegrenze	5	3	1	4	3	9	1	3	4	1	7	2

Antwort auf Frage 6a:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Zurückweisungen												
2024												
Gesamt	3.493	3.132	3.550	3.477	3.366	4.638	4.509	4.071	3.926	3.901	3.589	3.685
Landgrenze	2.873	2.534	2.854	2.906	2.741	3.866	3.709	3.547	3.309	3.336	2.949	3.019
Polen	670	705	1.013	1.190	1.040	1.100	798	762	584	492	412	621
Tschechien	224	195	295	429	361	319	301	222	166	235	162	229
Österreich	671	615	519	530	519	666	726	657	569	657	698	649
Schweiz	1.291	996	1.000	738	786	856	1.077	1.222	1.149	1.055	813	649
Frankreich	12	14	21	15	26	417	533	682	642	495	477	439
Luxemburg			1		1	109	51		40	87	72	106
Belgien		2	2		4	153	77	1	85	137	138	127
Niederlande	5	7	2	4	4	184	111	1	65	149	160	175
Dänemark			1			62	35		9	29	17	24
Luftgrenze	620	598	696	570	624	724	760	524	617	564	639	665
Seegrenze				1	1	48	40			1	1	1
2025												
Gesamt	3.283	3.051	2.939	3.208	4.061	3.925	3.930	3.894	3.560	3.542	3.384	3.438
Landgrenze	2.629	2.467	2.343	2.599	3.393	3.321	3.116	3.233	2.888	2.857	2.822	2.795
Polen	501	456	479	575	708	800	428	396	386	368	432	451
Tschechien	185	179	217	184	209	219	221	192	182	193	148	181
Österreich	536	498	391	578	612	574	616	714	687	629	592	646
Schweiz	529	458	392	455	512	516	642	656	624	654	562	504
Frankreich	498	471	547	433	777	752	671	831	630	591	700	668
Luxemburg	73	73	65	75	88	60	95	74	80	71	80	75
Belgien	111	136	71	93	157	129	151	124	89	90	108	79
Niederlande	170	172	151	161	296	224	249	217	169	217	169	165

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Zurückweisungen												
Dänemark	26	24	30	45	34	47	43	29	41	44	31	26
Luftgrenze	652	584	595	609	668	603	810	660	672	685	562	642
Seegrenze	2		1			1	4	1				1

Antwort auf Frage 7:

	Landgrenze										Luftgrenze	Seegrenze
	POL	CZE	AUT	CHE	FRA	LUX	BEL	NLD	DNK	keiner Landgrenze zuzuordnen		
Verbleib unerlaubt eingereister Personen												
2024												
Abschiebehaft	25	36	123	34	55	17	9	34	2	2	50	8
Abschiebung	11	14	27	8	15	12	8	9	1	3	90	2
Ausreisegestattung	504	72	275	167	359	36	63	164	22	160	6.110	32
Ausstellung Grenzübertrittsbescheinigung	264	107	472	115	522	98	335	213	35	19	865	195
Ausstellung Passersatz/Visum	1		2								21	
Einlieferung Untersuchungshaft	1	7	23		3	1	2	2			1	
Einreisegestattung	437	571	17	158	21	5	1	146	1	1	215	5
Haft zur Sicherung der Zurückschiebung	5	16	271	4	23	10	14	4	1	1	6	
Haft zur Sicherung der Zurückweisung	1	42	380	1	3	8					16	1
Strafhaft (Einlieferung JVA)	45	34	88	105	100	15	45	35	5	6	22	2
Übergabe Ausländerbehörde	1.061	1.132	1.272	969	1.217	306	871	815	119	118	604	36
Übergabe ausländische Behörde	75			6	6	1	1	2		1	2	
Übergabe BAMF	3.307	862	2.866	5.302	2.152	246	1.008	281	120	983	2.538	131
Übergabe Bundespolizei	6	1	2	90	22		2	1			5	
Übergabe Jugendamt	713	65	660	1.299	443	31	237	30	9	185	51	6
Übergabe Landespolizei	14	10	44	56	53	1	14	19		34	6	1

	Landgrenze										Luftgrenze	Seegrenze	
	POL	CZE	AUT	CHE	FRA	LUX	BEL	NLD	DNK	keiner Landgrenze zuzuordnen			
Verbleib unerlaubt eingereister Personen													
Weiterleitung Flughafenasylverfahren								1				392	
Zurückschiebung	316	67	284	41	662	15	30	244	12	3	18	24	
Zurückweisung	9.298	2.967	6.369	4.724	3.659	469	706	831	171	11	2.833	100	
Sonstige / Unbekannt	64	994	371	25	340	46	20	32	4	19	125	15	
2025													
Abschiebehaft	24	24	53	11	44	18	18	53	4	2	64	1	
Abschiebung	5	12	33	15	10	5	7	21	1	3	159	9	
Ausreisegestattung	271	71	247	156	346	24	105	301	19	208	4.981	39	
Ausstellung Grenzübertrittsbescheinigung	122	116	280	93	113	8	58	136	12	13	1.021	205	
Ausstellung Passersatz/Visum	1	5	11					1			15		
Einlieferung Untersuchungshaft			26	1	7	2	4	4		2	5		
Einreisegestattung	399	486	12	186	111	45	14	67			177	6	
Haft zur Sicherung der Zurückschiebung	9	2	40	4	5		21	5			11	2	
Haft zur Sicherung der Zurückweisung	3	29	236	1	13	30	8	2			11		
Strafhaft (Einlieferung JVA)	33	22	77	82	116	21	39	49	3	1	24	3	
Übergabe Ausländerbehörde	444	1.128	1.329	691	1.374	249	908	1.247	19	61	607	59	
Übergabe ausländische Behörde	27			1	2								

	Landgrenze									Luftgrenze	Seegrenze	
	POL	CZE	AUT	CHE	FRA	LUX	BEL	NLD	DNK			keiner Landgrenze zuzuordnen
Verbleib unerlaubt eingereister Personen												
Übergabe BAMF	415	164	586	938	447	39	322	109	16	260	1.042	69
Übergabe Bundespolizei				11	2					1	5	
Übergabe Jugendamt	259	26	188	385	149	19	135	40	6	59	31	8
Übergabe Landespolizei	10	12	29	18	37	4	24	10	1	23	16	1
Weiterleitung Flughafenasylverfahren							1				207	
Zurückschiebung	310	73	82	33	297	4	16	24	1	3	24	47
Zurückweisung	5.767	2.211	5.920	4.727	7.300	876	1.337	2.333	427	3	2.957	12
Sonstige / Unbekannt	21	981	404	28	165	28	21	92	8	11	111	5

Antwort auf Frage 15:

	2024	2025
Zurückweisungen nach DÜ-III Verfahren		
Gesamt	107	55
nach Monaten		
Januar	17	4
Februar	7	12
März	7	6
April	9	3
Mai	8	8
Juni	10	5
Juli	8	3
August	3	2
September	10	2
Oktober	15	1
November	8	5
Dezember	5	4
20 häufigste Staatsangehörigkeiten im Gesamtzeitraum		
türkisch	18	4
afghanisch	12	7
syrisch	15	3
algerisch	5	6
russisch	7	2
marokkanisch	8	1
äthiopisch		5
nigerianisch	1	3
irakisch	1	3
iranisch	1	3
ukrainisch	3	1
indisch	4	

	2024	2025
Zurückweisungen nach DÜ-III Verfahren		
bangladeschisch	4	
kenianisch	4	
pakistanisch	1	2
ghanaisch	1	2
tunesisch	2	1
ruandisch	2	1
georgisch	3	
libysch	3	
Zielländer		
Bulgarien	25	6
Kroatien	21	3
Österreich	21	
Spanien	7	8
Niederlande	6	5
Rumänien	3	6
Frankreich	4	4
Schweden	2	6
Tschechien	4	2
Polen	3	2
Lettland	4	1
Zypern	1	4
Slowenien	2	2
Griechenland	2	1
Schweiz	1	
Belgien	1	
Dänemark		1
Finnland		1
Irland		1
Portugal		1

	2024	2025
Zurückweisungen nach DÜ-III Verfahren		
Slowakei		1

Antwort auf Frage 16:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Schleuser												
2024												
Gesamt	124	107	138	123	122	164	194	187	107	143	131	124
Landgrenze	117	99	129	115	119	157	183	178	98	135	121	119
Polen	5	6	26	23	29	30	34	21	17	8	4	7
Tschechien	11	19	22	15	15	12	20	18	13	13	7	12
Österreich	57	42	48	51	48	61	65	91	42	67	59	53
Schweiz	24	13	13	9	16	15	11	16	4	11	7	12
Frankreich	4	8	8	1	6	8	26	16	8	7	13	9
Luxemburg	1	1	1							1	5	4
Belgien	8	5	3	6	1	11	11	11	8	7	13	7
Niederlande	5	3	7	8	3	16	12	2	6	15	11	13
Dänemark	1					4	2			1	1	2
keiner Landgrenze zuzuordnen	1	2	1	2	1		2	3		5	1	
Luftgrenze	4	1	4	1			4	4	1	2		2
Seegrenze		1	1	1	2		1			1	3	1
Inlandsfeststellung	3	6	4	6	1	7	6	5	8	5	7	2
2025												
Gesamt	108	116	103	140	174	162	170	220	120	101	98	114
Landgrenze	102	110	99	124	165	158	166	208	118	93	91	110
Polen	8	2	7	14	15	19	13	13	15	6	6	1
Tschechien	10	11	13	12	12	20	10	6	11	7	9	9
Österreich	38	47	35	52	54	49	66	112	51	49	29	41
Schweiz	5	6	6	5	7	14	10	7	10	6	3	7

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Schleuser												
Frankreich	12	14	15	9	35	25	23	30	18	6	19	17
Luxemburg	5	2	2	4	3	4	7	5	1	2	2	2
Belgien	16	11	8	10	11	9	14	7		2	6	10
Niederlande	8	14	12	14	21	18	20	24	10	13	16	20
Dänemark		1	1	2	5		2	4	2	1	1	1
keiner Landgrenze zuzuordnen		2		2	2		1			1		2
Luftgrenze	4	4	1	2	1	2	2	5	1	3	5	3
Seegrenze	1	1	1	1	2			2		1		
Inlandsfeststellung	1	1	2	13	6	2	2	5	1	4	2	1